

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/159

Bad Godesberg, den 22. August 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Münchens Beitrag</u>	94

Eine Stadt auf dem Wege nach Olympia
Von Oberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel

2	<u>Natürlicher Anspruch</u>	46
---	-----------------------------	----

Ein Sozialdemokrat soll Bundespräsident werden

3	<u>Kommunisten untereinander</u>	28
---	----------------------------------	----

Fidel Castro gegen Waldeck-Rochet
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Die Herausforderung durch den Kommunismus
Von Dr. Bruno Kreisky,
Vorsitzender der Sozialistischen Partei Österreichs

* * *

Münchens Beitrag

Eine Stadt auf dem Wege nach Olympia

Von Oberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel

Seit dem 26. April 1966, dem Tag, an dem in Rom die Entscheidung fiel, tickt eine unsichtbare Stoppuhr. Sie zeigt uns, daß inzwischen fast 1/5 der Zeitspanne verstrichen ist, die für die Lösung einer gewaltigen Aufgabe, nämlich für die Vorbereitung der Olympischen Spiele 1972 in München zur Verfügung steht. Was ist in dieser Zeit geschehen? Haben wir bereits 1/5 der Aufgabe bewältigt?

Nun, München kann diese Frage sicherlich nicht allein beantworten. Zwar werden die Spiele nach den Statuten des Internationalen Olympischen Komitees einer Stadt anvertraut. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß die Vorbereitung der Spiele eine Gemeinschaftsaufgabe darstellt, zu deren Lösung sich eine Vielzahl von Kräften zusammenfinden muß und für die sich die Verantwortung auf viele Schultern verteilt. Deshalb hat sich München ja auch vor Abgabe seiner Bewerbung nicht nur der Zustimmung des deutschen Sports, sondern auch der Zustimmung der zuständigen Organe des Bundes und des Landes Bayern versichert und sich auch verbindliche finanzielle Zusagen geben lassen.

Dennoch war sich München von Anfang an darüber im klaren, daß es sich nach dem Erfolg seiner Bewerbung nicht etwa auf die Rolle eines interessierten Zuschauers zurückziehen kann. Vielmehr gibt es kaum einen Bereich der Vorbereitung, zu dem München nicht seinen Beitrag zu leisten hat und von diesem Beitrag soll hier die Rede sein.

Da ist zunächst der Bereich des allgemeinen Verkehrsausbaus in unserer Stadt, der natürlich auch ohne die Spiele notwendig gewesen wäre, nun aber bis zu den Spielen in seinen wesentlichen Teilen abgeschlossen sein muß und deshalb in viel kürzerer Zeit als bisher geplant abgewickelt sein muß. Hier liegt die Verantwortung in erster Linie bei der Stadt selbst, und wir können wohl ohne Übertreibung sagen, daß wir gerade auf diesem Gebiet in den letzten 15 Monaten gut vorangekommen sind. Die Nord-Süd-U-Bahn ist in vollem Bau, der Bau des Altstadtringes zwischen Isartorplatz und Gabelsbergerstraße hat begonnen und auch der V-Bahnbau schreitet in erfreulicher Weise voran. Die Schutzkraft der Spiele hat sich bei allen drei Vorhaben besonders bemerkbar gemacht. Außerdem haben es die Mineralölsteuerzuschüsse ermöglicht, das Tempo noch etwas zu beschleunigen.

Dann folgt der Bereich der Olympiabauten im engeren Sinne, also der Bauten, die ohne die Spiele nicht oder doch zu einem viel späteren Zeitpunkt notwendig geworden wären. Zu diesen Bauten gehören die Sportanlagen und das Olympische Dorf auf dem Oberwiesenfeld, die Straßen, die unmittelbar der Erschließung des Oberwiesenfeldes dienen und die U-Bahn-Stichlinie vom Oberwiesenfeld zur Münchner Freiheit. Verantwortlich sind hier der Bund, der Freistaat Bayern und die Landeshauptstadt gemeinsam. Sie haben sich inzwischen geeinigt, die Planung, den Bau und die Finanzierung all dieser Maßnahmen einer GmbH, nämlich der Olympia-Baugesellschaft zu übertragen. Nach schwierigen Verhandlungen

konnte diese Gesellschaft inzwischen gegründet werden. In ihren Aufsichtsrat, der vor wenigen Tagen in München zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten ist, sind neben dem Bund, dem Freistaat Bayern und der Landeshauptstadt auch das Organisationskomitee sowie die übrigen Bundesländer vertreten, die ja aus Toto- und Lottomitteln einen erheblichen Finanzierungsbeitrag leisten.

Da die Zeit drängte, hat die Landeshauptstadt München bereits im Januar 1967 treuhänderisch auch für den Bund und das Land einen städtebaulichen und gestalterischen Wettbewerb für das Oberwiesenfeld ausgeschrieben, an dem sich über 100 Einzelpersonen und Arbeitsgemeinschaften beteiligt haben. Danach und auch nach dem zu bewältigenden Volumen dürfte dieser Wettbewerb einer der größten sein, der je in der Bundesrepublik stattgefunden hat.

Die Jury, die sich ebenfalls in den letzten Tagen konstituiert hat, steht jetzt vor einer ebenso verantwortungsvollen wie schwierigen Aufgabe. Nach ihrem vorläufigen Zeitplan will sie ihre Entscheidung spätestens im Oktober treffen.

Weiter hat die Landeshauptstadt am 10. Mai 1967 mit Unterstützung des Freistaates Bayern mit dem Bau der U-Bahn-Stich-Linie Oberwiesenfeld - Münchner Freiheit begonnen. An diesem Tage wurde übrigens in München zum ersten Mal die Olympia-Fahne mit den fünf Ringen gehißt.

Der dritte Bereich umfaßt die Vorbereitung des sportlichen und kulturellen Programms der Spiele und die seinerzeitige Abwicklung dieses Programms. Hier ist das Organisationskomitee zuständig. Die Landeshauptstadt hat an seiner Gründung mitgewirkt und beteiligt sich nach Kräften an seiner Arbeit. So gehören insgesamt 14 städtische Vertreter den Organen und Ausschüssen des Komitees an. Auch hat die Stadt durch Gewährung von Darlehen und die Bereitstellung von Räumen geholfen.

Eine erfreuliche Initiative aus München bleibt noch zu erwähnen: nämlich die des Vereins zur Förderung der XX. Olympischen Spiele. Er hat in kürzester Zeit Barspenden in Höhe von rund 1/4 Million DM und eine Fülle von Sachspenden gesammelt und ist so zu einem Kristallisationspunkt für alle privaten Hilfs- und Förderungsmaßnahmen geworden. Nachdem inzwischen das Organisationskomitee diesem Verein beigetreten ist, wird er seine Tätigkeit nunmehr alsbald auf das ganze Bundesgebiet ausdehnen.

Und schließlich gehören auch die Anstrengungen des Münchener Sports zu dem Beitrag, den München zur Vorbereitung der Spiele leistet. Ich meine die Anstrengungen der Vereine, junge Talente ausfindig zu machen und - auch in Trainingsgemeinschaften - so zu fördern, daß 1972 an den Spielen in München Münchner Sportlerinnen und Sportler nicht nur als Zuschauer, sondern als aktive Wettkämpfer teilnehmen können.

Insgesamt wird also wohl gesagt werden dürfen, daß München die Zeit die seit Rom vergangen ist, genutzt und seinen Beitrag bisher in angemessener Weise erbracht hat. Dabei ging es der Stadt und ihren Organen nicht um vordergründige Publizität oder um kommunale Sondervorteile, sondern um gediegene und seriöse Vorarbeiten im Zusammenwirken mit allen Körperschaften und Persönlichkeiten, die ebenso wie die Stadt einer Idee nämlich der Idee der Olympischen Bewegung dienen wollen. In diesem Sinne wird München auch in Zukunft alles tun, um das Versprechen von Rom einzulösen.

Natürlicher Anspruch

Ein Sozialdemokrat soll Bundespräsident werden

K.V. - Einige Politiker der Union, aber auch einige Publizisten haben dieser Tage den Eindruck zu erwecken versucht, als wolle die SPD das Amt des Staatsoberhauptes in parteipolitische Wechselgeschäfte hineinziehen. Das war alles andere als erfreulich, denn Wechselgeschäfte dieser Art und mit diesem Amt sind nicht jetzt, sondern am Anfang der Bundesrepublik gemacht worden. Wer im übrigen seine Bedenken gegen die Wahl eines sozialdemokratischen Präsidentschaftskandidaten mit dem spekulativen Hinweis verbindet, ein solcher "Wahlerfolg" der SPD drei Monate vor der Bundestagswahl 1969 würde doch wohl die Wähler nachhaltig beeindrucken, vermittelt lediglich bemerkenswerte Einblicke in seine eigenen Denkkategorien.

Der SPD ist vorgeworfen worden, sie habe unnötigerweise eine verfrühte Diskussion über die nächste Präsidentenwahl hervorgerufen. Der Schuh paßt ihr nun nicht einmal annähernd. Denn in Wirklichkeit hat sie niemanden eingeladen - ob zur Diskussion oder gar zu Verhandlungen. Will Brandt lediglich die Vorsitzenden der Unionsparteien über den Entschluß seiner Partei informiert, im Gegensatz zur vorigen Präsidentenwahl das nächste Mal der Bundesversammlung einen eigenen Kandidaten zu präsentieren. Das ist eine Mitteilung, die - im Augenblick jedenfalls - einer Beantwortung nicht bedarf. Sie ist gemacht worden, damit die Unionsparteien sich auf eine solche Kandidatur rechtzeitig einstellen können. Brandt hat damit also lediglich ein Gebot der Fairness und Loyalität gegenüber dem Koalitionspartner erfüllt. Dies wiederum sehen wir erst recht als eine Selbstverständlichkeit an angesichts der Bedeutung, die dem Amte des Staatsoberhauptes in einem demokratischen Gemeinwesen zukommt - als eine solche Selbstverständlichkeit, daß wir uns nur darüber wundern können, wenn jemand sich darüber wundert.

Es ist auch nur natürlich, daß noch nicht entschieden ist, wer nun der Kandidat der SPD sein soll. Eine Entscheidung über die Person schon zwei Jahre vor der Wahl wäre in der Tat verfrüht. Voreilig verhalten sich also keineswegs die Sozialdemokraten, sondern lediglich diejenigen, die sich jetzt schon in Namensspekulationen ergehen.

Daß die SPD im Übrigen über genügend respektable Persönlichkeiten verfügt, die Deutschland an seiner staatlichen Spitze würdig und eindrucksvoll repräsentieren können, steht außer Frage. Das halbe Dutzend von Namen sozialdemokratischer Politiker, das spekulativ von außen genannt worden ist, beweist dies hinreichend.

Die eigentliche Begründung für den sozialdemokratischen Anspruch ist nun aber nicht etwa nur in den mehr schematischen Argument zu suchen, daß die SPD nun "an der Reihe" sei. Die eigentliche Begründung geht vielmehr wesentlich tiefer. Es handelt sich um einen politischen und moralischen Anspruch, der aus den großen sozialdemokratischen Leistungen in und für Deutschland abgeleitet wird. Eine Partei, die soviel für die Integration breiter Bevölkerungsschichten in unserer Demokratie getan hat wie die SPD, darf damit rechnen, im dritten Jahrzehnt der Bundesrepublik das Staatsoberhaupt zu stellen.

Kommunisten untereinander

Fidel Castro gegen Waldeck-Rochet

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die Kluft zwischen den kommunistischen Parteien in der Welt wird immer größer. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, um zu erkennen, wie tief der Riß heute zwischen Kommunisten und Kommunisten ist und wie sehr die nationale Interessenlage der einzelnen kommunistischen Parteien das Gesetz ihres Handelns bestimmt, dann würde dieser Beweis anläßlich der lateinamerikanischen "Solidaritätskonferenz" erbracht.

Fidel Castro ist auf die Sowjetregierung und ihre Gefolgsleute böse, weil sie den "revolutionären Marxismus preisgegeben" haben. Der besondere Zorn des kubanischen Staatschefs richtet sich gegen die kommunistische Partei Frankreichs, die im neuen Streit zwischen Moskau und Havanna gewohnheitsmäßig und selbstverständlich für den Kraml Stellung nimmt. Castros Kritik an der KPF betrifft aber nicht nur deren "Satellitentum", sondern das ganze Wesen einer Partei "die nicht einmal imstande war, die Revolution im eigenen Land durchzuführen". Die französischen Kommunisten seien, so sagte Fidel in seiner Schlußrede auf der OLAS-Konferenz in Havanna "eine Art von neuen Sozialdemokraten". In kommunistischen Jargon ist das ein Schimpfwort und wurde auch so von KPF-Generalsekretär Waldeck-Rochet empfunden.

Zuerst stellte sich das Zentralorgan "Humanité" taub und behauptete, Reden und Entschlüsse der OLAS-Konferenz lägen noch nicht im Wortlaut vor. Nachdem aber am Inhalt und Sinn der lateinamerikanischen "Solidaritätskonferenz" kein Zweifel möglich ist, bemüht sich die KPF-Presse jetzt, den Castrismus als "ultralinke Abweichung" abzuwerten. Den Vorwurf der "Revolutionsunfähigkeit im eigenen Land" quittiert man in Pariser KP-Kreisen mit Schweigen. Innerhalb der KPF vernimmt man aber jetzt nicht nur prochinesische, sondern auch prokubanische Stimmen, insbesondere unter kommunistischen Professoren und Studenten.